Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 43 (1949)

Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : vereinigtes Europa? ; Pflüget ein Neues! ; Die deutsche Drohung ; Balkan und Naher Osten ; Cordon sanitaire um China?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139264

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

uns gibt es genug Sozialdemokraten, die ihren Hauptfeind im Kommunismus sehen und sich zum ‚Kreuzzug gegen Rußland' mit jedem bürgerlichen Politiker verbinden... Aber denen, die es ernst meinen, geht es in erster Linie darum, daß der Sozialismus verwirklicht wird. Dabei ist uns selbstverständlich die Gewissensfreiheit und die Menschenwürde ebenso wichtig wie unseren Brüdern im Westen ... Aber wir sind soweit «Marxisten», daß wir glauben: Beides kann im eigentlichen, wahren Sinne nur nach dem Siege des Sozialismus verwirklicht werden... Ich sage den Kritikern aus dem Westen immer: Macht es uns doch vor, wie ihr auf dem westlich-demokratischen Wege auch nur *ein Stückchen* Sozialismus verwirklichen könnt!» («Neue Wege» 1949, S. 86.)

Die unselige Spaltung zwischen Ost und West ist nicht eine Spaltung zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Freiheit und Unfreiheit, wie man sie im Westen sehr oft falsch auffaßt, sondern eine Spaltung zwischen dem Kapitalismus und Imperialismus auf der einen Seite und dem Sozialismus und der Friedenspolitik auf der andern Seite. Die Völker Westeuropas sind heute vor ein «Entweder-Oder» gestellt. Sie müssen wählen: Entweder Sozialismus oder Kapitalismus, entweder Friedenspolitik oder Kriegsvorbereitung.

Und wenn man im Westen der Sowjetunion und den Volksdemokratien immer den Imperialismus, Nationalismus, Totalität, Terror usw. vorwirft, so ist zu sagen, daß es entweder Lügen und Verleumdungen sind, die von der Reaktion planmäßig erzeugt und verbreitet werden, und das ist meistens der Fall, oder daß solche Vorwürfe auf falschen Vorstellungen von dem Wesen des Sozialismus beruhen.

Auch wir sind der Meinung, daß es auf dieser Konferenz zur Klarheit über diese Probleme kommen sollte, auch auf die Gefahr hin, daß es zur Scheidung der Geister kommt, wie es Pfr. Bachmann in einem Artikel im «Aufbau» angedeutet hat. Wir sind allerdings überzeugt, daß die religiösen Sozialisten nur dann ihr raison d'être haben und ihre Aufgabe erfüllen können, wenn sie dem geistigen Erbe ihres prophetischen Gründers treu bleiben. Einen Verrat an diesem Erbe könnten wir nicht mitmachen.

Was die Vorschläge zur Abänderung der Prinzipienerklärung betrifft, so lehnen wir selbstverständlich jede Änderung in der Richtung nach rechts entschieden ab (und alle drei Vorschläge, die wir erhalten haben, sind solche).

Ich bitte, daß dieser Brief in der Versammlung der Delegierten der Konferenz als Votum des tschechoslowakischen Landeszweiges verlesen und protokolliert wird.

Mit herzlichen Grüßen und mit aufrichtigen Wünschen eines guten Erfolges der Konferenz

Prof. Dr. Fr. Linhart,
der Vorsitzende der Vereinigung der religiösen Sozialisten
in der Tschechoslowakei.

Weltrundschau

Vereinigtes Europa? Seit Anfang August tagt in Straßburg zum erstenmal der sogenannte *Europarat*, bestehend aus einem Ministerkomitee und einer beratenden Versammlung von parlamentarischen Vertretern der zwölf beteiligten Staaten: Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg (die Staaten des Brüsseler Paktes), dazu Südirland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Italien sowie, gleich zu Beginn der Tagung aufgenommen, Griechenland und die Türkei. Hervorgegangen aus dem Zusammenschluß einer Reihe privater Vereinigungen, ist der Rat nunmehr die offizielle Körperschaft, die den Plan eines Vereinigten Europas (oder doch West-,

Mittel- und Südeuropas) abklären und ausführen soll und deren Mitglieder sich darum als Träger und berufene Verwirklicher eines großen, epochemachenden Gedankens von unabsehbarer Tragweite fühlen. Ist dieses Sendungsbewußtsein aber auch real begründet? Dürfen die Völker unseres Erdteils von der Straßburger Organisation wirklich ihren Zusammenschluß zu einem übernationalen Bundesstaat, dieser Sehnsucht von Millionen, erwarten? Und was sollen *wir* von dem neuen Gebilde halten?

Der Schreibende bekennt, daß er keine wesentlichen Hoffnungen auf *diesen* Europarat zu setzen vermag. Nicht darum, weil seine Verfassung recht unvollkommen und unbefriedigend ist; nicht, weil die Versammlung, die übrigens nur mit Zweidrittelmehrheit beschließen kann, lediglich beratende Aufgaben hat, also nicht die Stellung eines Parlaments einnimmt; auch nicht einmal, weil der Europarat noch durchaus auf dem Begriff der nationalen Souveränität aufgebaut ist, ohne dessen Überwindung keine überstaatliche Rechts- und Friedensgemeinschaft denkbar ist. Alle diese Währschaftsmängel könnten mit der Zeit sicher behoben werden – Rom ist nicht in *einem* Tag erbaut worden –; der Innenausbau des neuen Gebäudes könnte im Maße des Zuwachses an Erkenntnissen, Mitteln und Kräften ganz wohl stufenweise erfolgen – wenn nur der Grundriß gut, die Konstruktion selbst gediegen und der tragende Gedanke des Werkes richtig wären. Aber gerade das ist nun nach meiner bestimmten Überzeugung nicht der Fall, und *darum* vor allem tragen die vielen Reden, die in Straßburg gehalten werden, so sehr den Stempel des Nebelhaften, Widersprüchlichen, ja Irrealen. *Man redet an den entscheidenden Realitäten einfach vorbei* und vermag deshalb auch nicht das wahre Ziel zu sehen, dem eine europäische Bundesorganisation zustreben muß, wenn sie nicht in die Irre gehen oder absichtlich in die Irre geführt werden soll.

Was ist denn die Realität, von der jede ernsthafte Europabewegung ausgehen muß? Es ist, kurz gesagt, der Weltgegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion und die Tatsache, daß sich die Staaten West- und Südeuropas mehr und mehr in das amerikanische Macht- und Wirtschaftssystem einspannen lassen. Solange das der Fall ist, solange sie sich nicht aus dieser Verstrickung lösen, kann es auch kein wirklich vereinigtes Europa geben, dessen Aufgabe ja gerade darin bestehen müßte, eine sowohl vom amerikanischen als vom russischen System *unabhängige* «dritte Kraft» zu entwickeln, die den Zusammenprall der beiden Blöcke zu verhindern und zugleich die UNO zur beherrschenden, handlungsfähigen Weltorganisation zu machen wüßte. Und so lange wird eben auch der Europarat, sofern und soweit er Gestalt annehmen wird, unvermeidlicher, wenn nicht gewollter Weise einfach ein Werkzeug des politischen Machtkampfes gegen die Sowjetunion und den Kommunismus sein. Es ist ja wirklich nicht von ungefähr, daß einerseits die kommunistischen Parteien, die in Frank-

reich und Italien die stärksten beziehungsweise zweitstärksten Parteien sind, von der Vertretung in der Straßburger Versammlung zum vornherein ausgeschlossen sind, anderseits sämtliche Mitgliedstaaten des Europarates entweder auch Mitglieder des Atlantikbundes sind oder doch weltanschauungs- und interessenmäßig im westmächtlichen Lager stehen, wenn sie nicht, wie Griechenland und die Türkei, von den Vereinigten Staaten direkt für den Kampf gegen die Sowjetunion ausgerüstet und unterstützt werden. Und wem das immer noch nicht genügt, um die wirkliche Lage zu erkennen, mit der es der Europarat zu tun hat, dem ist sie vielleicht durch die mit so viel betonter Publizität umgebene jüngste *Europareise der drei höchsten amerikanischen Wehrmachtsführer* zum Bewußtsein gekommen, diese Besichtigungs- und Verhandlungstour, hinter der so inhaltsschwere Fragen stehen wie: Sollen sich in einem Krieg gegen die Sowjetunion die Vereinigten Staaten auf die Zerstörung Rußlands durch Atombomben, Giftstoffe usw. beschränken, während die europäischen Verbündeten Amerikas die Last des Landkrieges zu tragen hätten? Wenn ja, soll der Kampf schon an der Elbe aufgenommen, also Westdeutschland mitverteidigt werden, was früher oder später zur Wiederaufrüstung Deutschlands führen müßte? Oder soll man Deutschland von vornherein preisgeben und nur die Rheinlinie zu halten suchen? Wie groß muß die amerikanische Rüstungshilfe sein, damit die westeuropäischen Länder bei ihrer notorischen Finanzschwäche die ihnen zugedachte Rolle auch wirklich zu spielen imstande sind? Werden im gegebenen Falle die Völker Westeuropas überhaupt marschieren und nicht einfach in den Kriegsstreik treten[1]? Können und wollen die Vereinigten Staaten die Last der Rüstungshilfe an Europa und dazu diejenige ihrer eigenen Aufrüstung auf unabsehbare Zeit weiter tragen? Schon jetzt hat das Abgeordnetenhaus die von der Regierung verlangten Kredite für die Aufrüstung Westeuropas um einen Drittel gekürzt. Anderseits entziehen die Kriegsvorbereitungen dem amerikanischen Volkskörper wertvollste Kräfte, die für den Aufbau eines Wohlfahrtsstaates nötig wären. Selbst der Vorsitzende des Ausschusses der Wirtschaftsberater Präsident Trumans, Dr. Edwin G. Nourse, stellte am 5. April d. J. in einer Rede besorgt fest, daß die Vereinigten Staaten *jede Woche* rund 300 Millionen Dollar (also etwa 1,3 Milliarden Franken) für Rüstungszwecke ausgeben, aber nur ebenfalls 300 Millionen *im ganzen Jahr* für Schulsubventionen, etwa drei Viertel dieser Summe für die Beseitigung der Elendsquartiere in den Städten, für die Erstellung billiger Volkswohnungen und für den Wohnungsbau auf dem Lande, wiederum kaum 300 Millionen für öffentliche Gesundheitspflege und nur wenig mehr

[1] Das kürzlich veröffentlichte amerikanische Weißbuch über *China* glaubt bereits feststellen zu müssen: «Die weißen Armeen sind von den roten nicht im Kampfe geschlagen worden (?); sie sind zerfallen, weil *ihren Soldaten der Wille zum Kampf gefehlt hat,* trotz ihrer weit überlegenen, von den Vereinigten Staaten gelieferten Ausrüstung.»

für die Elektrifizierung ländlicher Gebiete – alles, wie gesagt, aufs ganze Jahr gerechnet. Und schließlich stellt sich für Amerika die furchtbarste Frage von allen: Ist es nicht vorzuziehen, eine Entscheidung gegenüber der Sowjetunion zu suchen, solange die Erfolgsaussichten für einen Krieg noch günstig stehen? Mit andern Worten: Liegt die beste Lösung aller Schwierigkeiten nicht in einem frisch-fröhlichen Präventivkrieg?

Das ist, von der politisch-militärischen Seite her gesehen, die Realität, mit der sich die Politiker des Europarates zu beschäftigen hätten und über die sie hinauszukommen bemüht sein müßten, wenn ihnen wirklich daran gelegen wäre, ein *unabhängiges* Europa zu begründen, das nicht einem Zusammenstoß der beiden Superweltmächte zum Opfer fallen könnte[2].

Pflüget ein Neues! Von der wirtschaftlichen und sozialen Seite her stellt sich die Lage mit ähnlicher Klarheit. Hier ist die große Tatsache die, daß sich der westeuropäische Kapitalismus, der schon durch den ersten, noch mehr aber durch den zweiten Weltkrieg aufs tiefste erschüttert worden war, teils mit amerikanischer Hilfe, teils aus eigener Kraft (oder besser: dank der Schwächlichkeit der Gegenkräfte), wiederaufzurichten im Begriffe steht. Und doch ist die Annahme, daß Westeuropa irgendwie wieder seine bürgerlich-kapitalistische Vorkriegslebensform zurückgewinnen könne, phantastischer Unsinn, ist ein im eigentlichen Sinne reaktionärer, auf die Zurückdrehung des Rades der Geschichte gerichteter, kurzschlüssiger Gedanke. Wie der Amerikaner Scott Nearing («World Events», Sommerheft 1949) zutreffend bemerkt, geht diese ganze Restaurationspolitik von einer Reihe falscher Voraussetzungen aus:

«Wirtschaftlich hat Westeuropa nicht mehr die dazu nötigen Hilfsquellen, besonders nicht koloniale Hilfsquellen und koloniale Arbeitskräfte.

Politisch hat Westeuropa nicht die Mittel, um eine veraltete und durch den Krieg ruinierte Ausrüstung mit Kapitalgütern zu ersetzen und gleichzeitig seinen Platz im Wettlauf um die Herstellung der mechanischen Einrichtungen für die moderne Kriegführung zu behaupten.

Geschichtlich versinnbildlicht Westeuropa eine überholte Gesellschaftsform, zu der Erbmonarchie, individuelles Geschäftsunternehmertum, Konkurrenzkampf um persönlichen Gewinn, persönliches Ansehen und persönliche Macht gehören, und die auf dem Unterbau einer niedrigen Lebenshaltung kolonialer Millionen beruht.

Erfahrungsmäßig hat die auf die westeuropäische Kulturform begründete Politik zu einer Reihe kostspieliger Katastrophen geführt und wird zu weiteren führen. Krise, Kolonialrevolte, Krieg und soziale Revolution sind logischerweise im Gefolge einer Weltpolitik aufgetreten, die auf der westeuropäischen Kulturform beruhte... Solche Mißerfolge und Katastrophen können nur *einen* Sinn haben: die westliche Lebensform

---

[2] Stoff zu solcher Arbeit fänden sie beispielsweise in der wertvollen Studie, welche die *amerikanischen Quäker* kürzlich unter dem Titel «Amerikanisch-russische Beziehungen. Einige konstruktive Erwägungen» herausgegeben haben. (29 Seiten; zu beziehen vom American Friends Service Committee, 20 South 12th Street, Philadelphia, Pennsylvania.) Es wird auf die darin gemachten Vorschläge zurückzukommen sein.

des kapitalistischen Imperialismus ist zu Ende. Ihre Wiederbelebung ist ebenso unwahrscheinlich, wie es die Wiederbelebung des Feudalismus in Westeuropa nach der Französischen Revolution war.»

Die Baumeister eines Vereinigten Europas müßten sich dieses Sachverhalts klar bewußt sein, wenn sie nicht «umsonst bauen» wollen. Sie müßten auch wissen, daß ein Westeuropa, das seine Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung nicht rasch und tiefgreifend umgestaltet, im besten Falle nur ein Anhängsel und Ausbeutungsfeld des spätkapitalistischen Amerikas sein wird. Sie müßten insbesondere wissen, daß ohne eine solche Umgestaltung auch der Verzicht auf die nationalen Souveränitäten nicht an sich schon ein entscheidender Fortschritt wäre. «Das hitlerische Europa», so schreibt J.-M. Domenach im Pariser «Esprit», «war kein Fortschritt. Europa besteht aus etwas anderem als aus der einfachen Zusammenzählung seiner Souveränitäten. Sein Gesicht, seine Größe, sein Elend verdankt es dem Kapitalismus, der in ihm entstanden ist und den es in alle Länder der Welt exportiert hat. Föderiert man es, ohne es umzugestalten, so hält man vorübergehend nur den europäischen Kapitalismus in einem Zustande des Verfalls fest, worin er einen vorübergehenden Aufschwung nur um den Preis eines politischen und menschlichen Rückschritts nähme, von dem uns die Faschismen eine Ahnung geben, und richtet ein befestigtes Bollwerk im Dienste Amerikas gegen die Sowjetunion auf. Das ist nicht der Weg des Friedens oder der Freiheit, und es ist nicht der Weg Europas. Wenn das etwa der Plan von Militärs oder ehrgeizigen Geschäftsleuten ist, so ist das weiter nur normal; wenn man aber in den Augen gutgläubiger Menschen etwas als Revolution ausgibt, was das Gegenteil einer solchen ist, so ist das einfach ein Skandal.»

Mögen sich die Akteure des Europarates das wohl gesagt sein lassen! Mögen die Fortschrittlicheren unter ihnen, mögen vor allem die dem Sozialismus verpflichteten Politiker in- und außerhalb der Straßburger Organisation ihre Kräfte rückhaltlos in den Kampf für die sozialistische Neuordnung Westeuropas und gegen die Wiederherstellung eines gegenrevolutionären Kapitalismus werfen, wie sie von den Churchill, Paul Reynaud, van Zeeland, de Gasperi und den andern Vorkämpfern *dieser* Europabewegung jetzt betrieben wird, statt diesen Kampf entweder überhaupt nicht ernsthaft oder dann doch gelähmt durch eine verhängnisvolle Zusammenarbeit – in der Innen- wie in der Außenpolitik – mit den kapitalistischen Kräften zu führen! Frankreich, Belgien[3], Holland,

[3] In Belgien ist jetzt, nach fast zweimonatigem Markten, wenigstens ein einigermaßen handlungsfähiges Kabinett zustande gekommen, da die Liberalen, offenbar um eine konsequente Fortführung der kapitalistischen Restaurationspolitik zu ermöglichen, den Christlichsozialen in der Königsfrage gewisse Zugeständnisse gemacht haben, die sie bisher stets abgelehnt hatten. Das hat es den Sozialisten erleichtert, in die Opposition zu gehen und das Volk zum Widerstand gegen jeden Versuch aufzurufen, durch die Rückberufung Leopolds eine Ära verschärfter Reaktion einzuleiten.

die nordischen Länder, Westdeutschland, Österreich – sie böten alle reichste Gelegenheit zu solchem Kampf, nicht zuletzt auch *Italien*, das mit seiner verwahrlosten, einseitig entwickelten und dazu kriegszerrütteten Industrie, seiner primitiv-feudalen Agrarverfassung, seinem gesellschaftlichen Schmarotzertum und seiner raschen Bevölkerungszunahme (alljährlich um 400 000 Menschen) aus Massennot und Arbeitslosigkeit auch dann nicht herauskäme, wenn es sich wieder in Kriegsrüstung und koloniale Expansion hineinstürzte. Daran ändern auch alle vom Ausland her unternommenen Ankurbelungsversuche nichts. «Im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich», so stellt Basil Davidson am Schluß einer wohlbelegten Aufsatzreihe im ‚New Statesman' fest, «scheinen die Lehren die gleichen zu sein: daß die amerikanische Intervention und der Marshallplan die Wiederauferstehung und Belebung Italiens nicht zuwege gebracht, sondern nur eine gesellschaftliche Ordnung und Struktur gestützt haben, welche die überquellenden Kräfte dieses fruchtbaren und erfinderischen Volkes nicht mehr auszubeuten oder auch nur im Zaum zu halten vermag, sondern sie scharf zurückschneiden und einengen muß, um sich überhaupt zu halten. Ohne diese Intervention und alles, was sie bedeutet, wäre der Weg zu neuen und positiven Entwicklungen freigelegt worden.»

Was aber *England* betrifft, so verfolgen wir mit Beklemmung die in unserer letzten Rundschau geschilderten Bemühungen der Labourregierung, sich den Folgen ihrer Verstrickung in das amerikanische Machtsystem zu entziehen und der wirtschaftlichen und sozialen Krisenerscheinungen Herr zu werden, die sie jetzt so hart bedrängen. In einem Londoner Brief, den wir im Johannesburger «Socialist Forum» lesen, faßt Mary Klopper die Lage gut zusammen, wenn sie schreibt:

«Hinter all diesen Störungen auf industriellem Gebiet steht das Grundproblem der gemischten Wirtschaft. Sie muß entweder weitergetrieben werden und in ständigem Fortschreiten zum vollen Sozialismus den privaten Sektor ‚aufessen' oder aber immer mehr Zugeständnisse an die kapitalistische Industrie im privaten Sektor machen und schließlich ihre eigenen Errungenschaften in der Neuverteilung des Einkommens, in den sozialen Diensten und so fort wieder vernichten, den nationalisierten Sektor auf eine Art Staatskapitalismus hinunterdrückend. Die britische Labourbewegung hat sich, zur Macht gekommen, vor dieses Problem gestellt gesehen und ist auf die zweite Verhaltenslinie hereingefallen ... Es scheint mir, daß dies das Problem eines jeden Versuchs ist, den demokratischen Sozialismus mit den Mitteln der politischen Bourgeoisdemokratie zu schaffen ... Aber noch ist Leben in dem alten Hund, und die Frage, die bald gelöst werden muß, ist, ob dieses Leben in die Oberschichten der Partei hinein durchbrechen und eine wirkliche und radikale politische Erneuerung erzwingen kann und wird.»

Die deutsche Drohung Es ist angesichts dieser ganzen Sachlage nur ein Ausdruck berechtigten Selbstschutzstrebens, wenn sich die Labourregierung dem Straßburger Europarat gegenüber sehr vorsichtig, ja beinahe mißtrauisch zeigt. Und wenn etwas sie in dieser Haltung zu bestärken geeignet ist, dann sollte es der

Gedanke an den Zusammenhang der Europafrage mit der *deutschen Frage* sein, sind doch die beiden Probleme so eng ineinander verschlungen, daß eine Auflösung des einen ohne die Entwirrung des andern schlechterdings unmöglich erscheint.

Worin besteht denn das deutsche Problem? Für alle praktischen Zwecke doch zunächst vor allem in der Weiterexistenz eines aggressiven, radikalen Nationalismus und Imperialismus. Die schwere moralische Erkrankung, die diese an der Oberfläche nur politisch aussehende Erscheinung darstellt, hat zwar in Deutschland auch das anderwärts liberal gewordene Bürgertum und dann fast noch heftiger die Arbeiterschaft erfaßt, aber ihren eigentlichen Sitz hatte sie ursprünglich doch in der Geisteshaltung und Interessenlage der verbündeten Klassen der Großgrundbesitzer und Industriekapitalisten samt der mit ihnen verschwägerten Offiziers- und Beamtenkaste. Das entscheidende Mittel zur Überwindung des deutschen Kernübels hätte darum die radikale Entmachtung der feudal-kapitalistischen Herrenschicht und die gründlichste Säuberung der Beamtenschaft aller Stufen und Zweige, eingeschlossen Schule und Kirche, sein müssen. Gerade das aber geschah nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches sowenig wie nach der Niederlage des wilhelminischen Kaiserreiches. Die niemals gewagte deutsche Revolution erfolgte auch jetzt wieder nicht. Im Gegenteil: es erfolgte die, wenn auch vorerst nur «kalte», Gegenrevolution, die immer offener und kühner durchgeführte Wiederherstellung der alten gesellschaftlichen Ordnungen, ja eine eigentliche Renazifizierung des öffentlichen Lebens und namentlich des ganzen westdeutschen Staatsapparates – alles unter den Augen und weithin mit Billigung oder gar Mitwirkung der westalliierten Besetzungsmächte, die damit eben Westdeutschland am sichersten als Verbündeten im Kampfe gegen die Sowjetunion und den Kommunismus gewinnen zu können hofften. Dieser Kampf wurde ja jetzt, nach dem Zwischenspiel mit Hitler, aufs neue zum großen Thema der westmächtlichen Weltpolitik, und ihm zuliebe durfte man schon ein Auge gegenüber dem Wiederaufleben frechsten nazistischen Ungeistes zudrücken, wenn man damit auch seinen Anspruch auf eine aus moralischen Gründen erwachsene Gegnerschaft gegen den Kommunismus vollends verwirkte und *diese* Motivierung des antisowjetischen Kreuzzuges endgültig als Zwecklüge enthüllt wurde[4].

---

[4] Wer immer noch behauptet, es sei die besondere Verruchtheit der Kommunisten, daß sie die schlechten Mittel durch den guten Zweck geheiligt werden lassen, der bedenke einen Augenblick, was unlängst der britische Labourabgeordnete Croßman im Rückblick auf die westalliierte Kriegführung gegen Deutschland schrieb: «Churchill war durch den totalen Krieg in all seinen Äußerungen, eingeschlossen die politische Kriegführung, fasziniert. Wie Roosevelt weigerte er sich, über den Sieg hinaus auf die Friedensprobleme zu schauen, die sich aus der Annahme von Methoden wie die Flächenbombardierung und die Bewaffnung aller und jeder, die zum Kampf gegen die Hunnen bereit waren, ergeben mußten. Worunter wir heute leiden, das ist die völlige moralische Gleichgültigkeit, welche die englisch-amerikanische Kriegführung zum

Die kürzlichen *Wahlen zum westdeutschen Bundestag* fügen sich aufs natürlichste in dieses Gesamtbild ein. Sie kennzeichnen sich ja durch zwei Hauptzüge:

1. Der Wahlkampf spielte sich in einer Atmosphäre *überhitzten Nationalismus'* ab, wobei die wüsten demagogischen Ausschreitungen der Sozialdemokraten und Kommunisten besonders widerwärtig anmuten mußten. Der Spezialerfolg, den sich die Parteien der äußersten Rechten holten, ist im Hinblick auf diese allgemeine Erscheinung ganz unwesentlich und darf nicht dazu verleiten, die sogenannten demokratischen Parteien wegen ihrer angeblichen Mäßigung und Reife irgendwie zu belobigen. Man verfiele damit in die gleiche verhängnisvolle Täuschung über den wirklichen Geisteszustand des deutschen Volkes wie in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen, wo man im Ausland auch völlig die Tatsache ignorierte, daß in der Gesinnung der erdrückenden Mehrheit der Deutschen gegenüber der Zeit vor 1914 kein entscheidender Wandel eingetreten war, und man sich den wunderlichsten Illusionen über den Pazifismus und Demokratismus der Weimarer Parteien hingab – bis einer staunenden Welt die Einsicht aufdämmerte, daß 80 Prozent des «nationalen» Programms der Hitlerbewegung (Bekämpfung der «Schuldlüge», Abschüttelung des «Versailler Schandvertrages», militärische Wiederaufrüstung, Zurückgewinnung der alten Grenzen, Annexion Österreichs und des Sudetenlandes, Züchtigung Polens, Zerschmetterung des bolschewistischen Rußlands usw.) auch das Programm des «gemäßigt» nationalistischen Deutschlands überhaupt waren. Gebe man sich doch unerbittlich Rechenschaft davon, daß auch heute noch, und heute erst recht wieder – weil nämlich das deutsche Kriegsunternehmen zum zweitenmal mit einer Katastrophe statt mit dem erhofften Sieg geendet hat und Deutschland auf Grunde dessen durch die alliierten Mächte besetzt ist –, das deutsche Volk als *Ganzes* von jener Gesinnung erfüllt ist, die das Erzeugnis der oft beschriebenen Fehlentwicklung der deutschen Geschichte und des deutschen Geistes seit den Preußenkönigen über Bismarck und Wilhelm II. bis auf Hitler ist. Von einer Erkenntnis des falschen Weges, den Deutschland – um nicht bis auf die gewaltsame Kolonisierung des slawischen Ostens, auf Luther und den Bauernkrieg zurückzugehen – mindestens in den verflossenen 150 Jahren gegangen

---

Zwecke der Besiegung Hitlers zur Schau trug, eine Gleichgültigkeit, die sowohl die Wahl teuflischer Mittel als die Bereitschaft zur Mißachtung vertraglicher Verpflichtungen gegenüber kleineren Mächten wie Polen einschloß. Um einen totalitären Staat zu zerstören, sanken wir fast auf dessen eigenes Niveau herunter und urteilten dann dessen Führer als Verbrecher gegen die Menschlichkeit ab!» («New Statesman», 13. 8. 1949.) Was erst recht für die Kriegführung gegen Japan gilt: Hiroshima und Nagasaki! Und das gleiche Schicksal wie den beiden japanischen Städten bereitet man jetzt kaltblütig den russischen Städten und Menschen vor, zu deren Ausrottung eben jedes Mittel gut sei, auch der Präventiv-Atomkrieg, den in England selbst Männer von (früher) so liberaler Geistesart wie Lord Russell, F. W. Voigt und John Middleton Murry predigen!

ist, und von einer inneren Bereitschaft zur Abkehr von diesem Weg ist im deutschen Volk auch heute noch, von verhältnismäßig engen Kreisen abgesehen, kaum eine Spur zu bemerken; jede Regung der Selbsteinkehr und Gewissenserforschung wird vielmehr von dem leidenschaftlichen Willen, in erster Linie die Sünden der *andern* anzuprangern, völlig erstickt.

2. Soweit im Wahlkampf die Frage nach der künftigen wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung Deutschlands eine Rolle gespielt hat, haben die Wähler und Wählerinnen den auf amerikanische Hilfe spekulierenden und ihrer auch besonders würdigen *bürgerlich-konservativen* Parteien weitaus den Vorzug gegeben, insbesondere den Christlich-Demokraten und den Freien Demokraten (denn Demokraten sind sie alle, alle . . .), während die Sozialdemokraten deutlich zurückgedrängt und die Kommunisten gar schwer aufs Haupt geschlagen wurden. (Sie bekamen noch 6 Prozent der Gesamtstimmen gegen 9 Prozent, die sie bei den Länderwahlen erhalten hatten; die Sozialdemokraten 28 Prozent gegen damals 35 Prozent.) Begreiflich darum, daß der amerikanische Außenminister Acheson befriedigt feststellen konnte, die Wahlergebnisse seien «ein Beweis des Willens des deutschen Volkes, seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf dem Wege des freien Unternehmertums zu lösen», während die nationalistische Stimmung in Westdeutschland «nicht weiter zu beunruhigen brauche», da sie «eine durchaus normale Erscheinung» darstelle.

Was geschieht nun aber weiter mit Deutschland? Wahrscheinlich werden die Bemühungen, Westdeutschland wirtschaftlich und politisch mit den Westmächten gleichzuschalten, in verstärktem Maße fortgesetzt werden. Die Aufnahme Westdeutschlands in den Europarat wird sicher erfolgen, sobald der neue Staat förmlich gebildet und eine verhandlungsfähige Regierung da sein wird. Darüber hinaus sind offenbar schon ziemlich weitgediehene Bestrebungen im Gange, um eine Verständigung der konservativ-reaktionären Kräfte Frankreichs – Industrie, Finanz, Generalstab usw. – mit den entsprechenden Kreisen Westdeutschlands herbeizuführen, als Ergänzung der Arbeitsgemeinschaft, die schon jetzt zwischen den westdeutschen und den *amerikanischen* Kapitalmächten besteht. Der leidtragende Teil wird dabei vor allem *England* sein, das sich auf dieser Linie immer mehr aus dem europäischen Festland hinausgedrängt sähe und auch auf seinen überseeischen Märkten gegen eine neue, mit niedrigen Löhnen arbeitende deutsche Konkurrenz anzukämpfen haben wird. Und dann werden eben insbesondere auch immer stärker die Wiederaufrüstung Deutschlands und die endgültige Ziehung der deutschen Ostgrenzen in den Vordergrund treten, Fragen, die zu stellen und zu erörtern die Deutschen gewiß nicht müde werden. Ein sozialistisches England wird dadurch in eine höchst ungemütliche Lage kommen.

Kurz, die Umstände, unter denen der neue westdeutsche Staat ge-

boren wird, passen ausgezeichnet zu dem Bild, das Westeuropa jetzt als Ganzes bietet. Von der *«Dritten Kraft»*, die Westeuropa darstellen soll, ist je länger, je weniger die Rede. Statt zwischen amerikanischem Kapitalismus und russischem Kommunismus einen demokratischen Sozialismus zu entwickeln, organisiert sich Westeuropa, mit entscheidender Nachhilfe Amerikas, immer ausgesprochener auf neukapitalistisch-bürgerlicher Grundlage. Bezeichnend dafür ist, daß nach den Kommunisten nun immer folgerichtiger auch die Sozialdemokraten aus den Regierungskoalitionen ausgeschaltet und in die (wenn auch noch so zahme) Opposition gedrängt werden; in Belgien ist das, wie oben vermerkt, bereits geschehen (zum erstenmal seit 1925), in Frankreich scheint es bevorzustehen, in Westdeutschland kommt eine Beteiligung der Sozialdemokraten an der künftigen Regierung überhaupt nicht in Frage; und wie lange wird es gehen, daß auch Labour-England, das immer mehr zum Fremdkörper in einem kapitalistischen Europa wird, einem *konservativen* England weichen muß? Außen- und militärpolitisch sind die Staaten Westeuropas, mit Einschluß Großbritanniens, auf jeden Fall schon vor der Unterzeichnung des Atlantikpaktes, ein Bestandteil des gegen die Sowjetunion und den Kommunismus gerichteten amerikanischen Weltsystems geworden, statt sich als Puffer zwischen die beiden großen Machtblöcke einzuschieben und so deren Zusammenprall zu verhindern.

Wie wird sich aber die *Sowjetunion* zu dieser ganzen Entwicklung stellen? Wird sie, als Gegenzug gegen die Bildung der westdeutschen Regierung, nun ihrerseits zur Schaffung eines ostdeutschen Vasallenstaates schreiten? Oder wird sie sich umgekehrt an Ostdeutschland desinteressieren, um die ernste Gefährdung ihrer eigenen Existenz abzuwenden, die sich aus einer Vertiefung der Zweiteilung Deutschlands und einer entsprechenden Verschärfung des West-Ost-Gegensatzes ergeben müßte? Die Möglichkeit ist tatsächlich keineswegs ausgeschlossen – und in der amerikanischen «Monthly Review» (Juli 1949) wird sie von Paul M. Sweezy bereits offen erörtert –, daß die Russen in der Überzeugung, Westdeutschland sei ja vorerst doch dem Kapitalismus und Imperialismus verfallen, Ostdeutschland unter gewissen Bedingungen räumen und versuchen werden, ein geeinigtes national-kapitalistisches Deutschland irgendwie gegen den Westblock auszuspielen, also die westliche Einheitsfront gegen die Sowjetunion zu sprengen. Man hätte es dann einerseits mit einer Fortsetzung der politischen Strategie zu tun, die Moskau dieses Frühjahr zu seinem Rückzug im Kampf um Berlin geführt hat, anderseits mit einer Wiederholung des schon mit dem Rapallovertrag von 1922 und namentlich mit dem Stalin-Hitler-Pakt von 1939 unternommenen Versuchs, Deutschland aus seiner Verbindung mit der antisowjetischen Weltfront zu lösen und dadurch die Aussichten von Rußlands eigenem Überleben zu erhöhen.

Aber würde eine solche Rechnung, falls sie die Leiter der Sowjet-

politik wirklich anstellten, zuletzt auch stimmen? Das ist höchst unsicher. Sicher ist zunächst nur, daß ein russischer Rückzug aus Ostdeutschland, wie schon der russische Rückzug in Berlin, aufs neue als Erfolg der westmächtlichen Druck- und Drohpolitik, und zwar diesmal in gewaltigstem Ausmaß, erscheinen und zur energischen Fortsetzung dieser Politik bis zur erhofften gänzlichen Kapitulation Moskaus ermutigen würde. Völlig unsicher aber wären die *Vorteile*, die eine einseitige Räumung Ostdeutschlands der Sowjetunion bringen könnte. Denn wie groß auch die Gegensätze sein mögen, die sich in Zukunft zwischen einem wieder in die Höhe gekommenen, industriell-kapitalistisch konkurrenzfähigen und militärisch wiederaufgerüsteten Deutschland einerseits und den Westmächten anderseits entwickeln könnten – der entscheidende Gegensatz wird zuletzt immer derjenige zwischen der kommunistischen und der antikommunistischen Welt sein. Und wie stark auch die Wirtschaftsbeziehungen sein mögen, die zwischen einem geeinigten Deutschland und den Ostblockländern geknüpft würden, so unvermeidlich wäre es, daß dadurch der deutsche Drang nach Osten erst recht geweckt und der Versuch, Hitlers Programm der Unterwerfung der slawischen Länder unter das deutsche Herrenvolk zu erfüllen, ein zweites Mal unternommen würde – wiederum wie bis 1939 gefördert, diesmal vielleicht sogar militärisch unterstützt von den Westmächten unter Vorantritt Amerikas, das für den großen Schlag gegen Rußland schon heute vollständig gerüstet ist. Werden sich die Sowjets wirklich auf eine Spekulation einlassen, die derartige furchtbare Möglichkeiten eröffnet? Und haben die Westmächte gleichfalls kein Auge für das Schicksal, das auch ihnen droht, wenn sie, wie das Dritte, so nun auch ein Viertes Reich wiederum nach Osten abzulenken und zum «letzten Kampf» gegen die Sowjetunion und den Weltkommunismus einzusetzen suchen?

Balkan und Naher Osten Gedämpfter als in Mitteleuropa, aber deswegen nicht weniger zäh, geht der Kampf zwischen West- und Ostblock auf dem Balkan und im Nahen Osten vor sich. Ein mehr und mehr an Bedeutung gewinnendes Frontstück ist dabei *Jugoslawien* geworden, gegen das die Sowjetunion, unterstützt von den übrigen Kominformländern, einen «kalten Krieg» führt, der in seiner Gehässigkeit und Leidenschaftlichkeit schon nahe an offene militärische Feindseligkeit heranreicht – mit den Westmächten als lachenden Dritten und den Bruderkampf klug nährenden Zuschauern. Moskau hat dabei gewiß einigen berechtigten Grund zur Beschwerde gegen Belgrad; die junge jugoslawische Volksrepublik ist unter Titos eigenwilliger Führung sowohl bei ihrem Industrialisierungs- und Sozialisierungswerk als auch in ihrer Außenpolitik zuweilen gewiß ihre besonderen Wege gegangen, über deren Richtigkeit man in guten Treuen streiten mag. Aber daß sie sich nicht einfach in das vom Kreml aus zentralistisch dirigierte System der Ostblockpolitik einzwängen läßt und

auch im Verhältnis zur Sowjetunion und zu den andern osteuropäischen Ländern einem vernünftigen sozialistischen Föderalismus huldigt, ist ihr gutes Recht und kann ihr nicht als selbstsüchtiger Nationalismus ausgelegt werden. Und daß Jugoslawien gar aus grundsätzlicher Sowjetfeindschaft handle und sich mit der geheimen Absicht trage, ins westlich-kapitalistische Lager hinüberzuwechseln, das ist einfach eine groteske Unwahrheit; es ist ja erst die planmäßige Bekämpfung und Boykottierung Jugoslawiens durch die Kominformstaaten gewesen, die Jugoslawien um seiner Selbsterhaltung willen gezwungen hat, sich wirtschaftspolitisch mit dem Westen, besonders mit Amerika, zu verständigen, eine Wendung, die der Natur der Sache nach freilich nicht ohne Folgen auch für Jugoslawiens diplomatische und außenpolitische Haltung bleiben kann. Wenn man also in Moskau diese selbstverschuldete Entwicklung jetzt dazu benützt, um triumphierend den «offenen Verrat» Jugoslawiens festzustellen, das «aus dem Lager des Sozialismus und der Demokratie desertiert und in das Lager des ausländischen Kapitals und der Reaktion übergegangen» sei, und um das russisch-jugoslawische Bündnis in aller Form als dahingefallen zu erklären, so ist das ein unwürdiges, verächtliches Spiel, bei dem nur die westlich-kapitalistische Welt gewinnen kann. Aber wie soll dieser Konflikt überhaupt noch friedlich-schiedlich gelöst werden können, ohne daß die eine oder die andere Partei dabei ihr Gesicht verliert?

Mittlerweile scheinen in *Griechenland* die Streitkräfte der Widerstandsbewegung, die von «titoistischen Verrätern» gesäubert worden sind und von Jugoslawien aus auch keine Hilfe mehr bekommen, der Übermacht der amerikanisch finanzierten und ausgerüsteten Regierungstruppen langsam zu erliegen. Anderseits gehen die Terrorprozesse gegen die Partisanen und ihre Freunde mit maschinenmäßiger Grausamkeit weiter, meistens mit summarischen und – nach den uns bekannten Einzelfällen zu schließen – empörend willkürlichen Todesurteilen endend. Und wenn dann der letzte Widerstandskämpfer in den Bergen überwältigt, der letzte Helfer der Partisanen im Lande hingerichtet sein wird, so wird man in den Ländern des gesitteten Westens einen neuen Sieg der Freiheit und der Menschenrechte über kommunistische Despotie und Unmenschlichkeit feiern und die Richtigkeit und Nützlichkeit der amerikanischen Intervention in hohen Tönen preisen. O Freiheit, wie viele Verbrechen werden in deinem Namen noch verübt werden! Nur bilde sich niemand ein, daß mit der Niederschlagung der Widerstandsbewegung das wahre Problem Griechenlands auch nur von ferne gelöst sein werde! Lediglich die offene *Auflehnung* gegen das korrupt-ungerechte Regiment, das in Athen geführt und von Washington (und London!) aus gestützt wird, wird unterdrückt, nicht aber dieses Regiment selber reformiert sein. Ja seine Nutznießer und Träger werden sich dann erst recht fest im Sattel fühlen und nicht den mindesten Grund einsehen, warum es in Griechenland irgendwie anders werden oder gar der vorne sieghaft ab-

gewehrte «Kommunismus» hintenherum doch noch Eingang finden solle. *Das* wird die schließliche Hauptwirkung der militärischen Liquidierung der – auch in unserer Schweizer Presse – verächtlich als «Banden» bezeichneten Widerstandskämpfer sein.

Neben dem gegenrevolutionären Griechenland ist die Hauptstütze des Westblocks im Nahen Osten die nicht minder für Freiheit und Menschenrechte glühende *Türkei*. Wie es in diesem Lande tatsächlich aussieht, davon gibt uns ein nüchtern-eindrucksvolles Bild ein Bericht, den der bisherige, aber nun kaltgestellte türkische Korrespondent der «New York Times», Aslan Humbaraci, im «New Statesman» erstattet. Der Verfasser vergleicht das in Ankara herrschende politische System ohne Zögern mit den verfaulenden Diktaturen in Griechenland und Kuomintang-China. Präsident Inönü, so stellt er fest, schalte und walte, gestützt auf eine ungesund aufgeblähte Armee und Polizei, im Namen einer Schicht feudaler Grundbesitzer und habgieriger Geschäftemacher als unumschränkter Despot. «Kein Sultan übertraf ihn in der Beherrschung der Kunst des Regierens durch Terror und Intrige.» Die durch eine sogenannte Demokratische Partei markierte parlamentarische Opposition ist auf alle Fälle bloßer Schein, der auf die Wirkung im unwissenden Ausland hin berechnet ist. Wirklicher Widerspruch oder gar Widerstand wird gründlichst erstickt; Presse und Universität sind mit dem Regierungskurs gleichgeschaltet; die beiden ehemaligen sozialistischen Parteien wie auch die meisten Gewerkschaften sind längst unterdrückt. Trotz den amerikanischen Hilfsgeldern ist der Staatshaushalt zerrüttet und die Volkswirtschaft gelähmt. Während von den Staatsausgaben im laufenden Jahre – sie betragen insgesamt 125 Millionen Pfund Sterling – 50 Millionen von der Verwaltungsbürokratie, 30 Millionen von der Armee und 9 Millionen von der Polizei verschlungen werden, fallen für die Landwirtschaft nicht einmal 4 Millionen und für Sozialfürsorge sowie Volksgesundheit kaum 5 Millionen ab. An Tuberkulose sterben, bei einer Bevölkerung von 19 Millionen, alljährlich etwa 100 000 Menschen; die Kindersterblichkeit beträgt rund 400 000 Fälle, großenteils als Folge von Unterernährung und schlechten Wohnungsverhältnissen. Was bei dem gegenwärtigen Regime für das gewöhnliche Volk herauskommen dürfte, das ist, so faßt Humbaraci zusammen, «nicht die Stärkung der demokratischen Einrichtungen oder die Herstellung wirtschaftlicher Stabilität, wie das Präsident Truman ihm verheißen hat, sondern der Verkauf der nationalen Naturschätze an das amerikanische Finanzkapital durch eine politisch und moralisch bankrotte Regierung».

Etwas Ähnliches scheint auch in *Syrien* im Gange gewesen zu sein, wo der bisherige Staatspräsident Zaim durch einen Staatsstreich um Macht und Leben kam, weil er als Vertrauensmann des Gesandten Keeley den amerikanischen Petrolinteressenten hörig geworden war und bereits einen Vertrag über die Legung einer Rohrleitung durch Syrien mit der Arabisch-Amerikanischen Ölgesellschaft unterzeichnet hatte. Hinter den

neuen Herren soll insbesondere britisches Kapital und britischer Einfluß stehen, zum Leidwesen der Franzosen, die ihr hergebrachtes Ansehen in Syrien neuerdings gemindert sehen, aber auch der Ägypter, die von dem Umschwung in Damaskus eine Bedrohung ihrer eigenen Stellung innerhalb der Arabischen Liga befürchten, während man in Transjordanien und im Irak – die beide zur andern arabischen Gruppe gehören – darüber umgekehrt recht erfreut ist. Ein furchtbares Durcheinander von Macht-, Geld- und Nationalinteressen, das sich bei dieser Gelegenheit offenbart!

Cordon sanitaire um China? Offen zusammengebrochen ist die amerikanische Interventionspolitik im *Fernen Osten*. Das stellt nunmehr – wenngleich nicht mit diesen Worten – auch das große Weißbuch der amerikanischen Regierung über die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu *China* während der letzten hundert Jahre fest, das die innere Verderbtheit des Kuomintangregimes schonungslos enthüllt, freilich nicht ohne wider alle bekannten Tatsachen, aber ganz im Geiste des landläufigen Antikommunismus, zu behaupten, das chinesische Volk werde jetzt «von einer Partei im Interesse eines fremden Imperialismus ausgebeutet» (das konnte man mit viel mehr Recht von der Kuomintang sagen!), und zu versichern, Amerika werde alle Bestrebungen unterstützen, die darauf gerichtet seien, «das fremde Joch abzuschütteln», das nun China auferlegt werde. Eine völlige Umkehrung des wahren Sachverhalts! Wie verständnislos man in den maßgebenden amerikanischen Kreisen dem Geschehen in China gegenübersteht, sieht man auch aus dem anscheinend dort gewälzten Plan, einen «cordon sanitaire» um das neue China herum zu ziehen, der von Japan über die Philippinen und Indochina bis nach Indien reichen solle, wobei sich die Vereinigten Staaten zu diesem Zwecke von der UNO kurzerhand ein «Mandat» über die zu China gehörige große Insel Formosa geben lassen würden. Es handelt sich dabei zwar nicht um ein Militärbündnis, wie es der von Tschiang Kai-Shek propagierte Pazifikbund darstellen würde, sondern nur um eine wirtschaftlich-politische Kampforganisation, deren Kosten freilich ebenfalls Amerika in erster Linie zu tragen hätte. Aber abgesehen davon, ob die Vereinigten Staaten dafür wirklich bedeutendere Summen zu opfern bereit wären – sie könnten das höchstens unter Kürzung der Wirtschafts- und Rüstungshilfe an Europa tun –, ist es fraglich, ob bei diesem Großboykott *Japan* mitmachen würde, das auf den Handel mit China unter allen Umständen angewiesen bleibt, ob *Indochina* dafür zu gewinnen wäre (die Franzosen werden dort nicht ewig Meister sein), und namentlich ob *Indien* gewillt ist, sich aus seiner mehr oder weniger neutralen Stellung zwischen den Blöcken heraus auf diesen nicht ungefährlichen Weg locken zu lassen.

Auch Indiens innere Lage ist ja wirklich alles andere eher als ge-

festigt. Nach der Gewinnung der äußeren Unabhängigkeit ist der «Kongreß», der bis dahin der sozusagen überparteiliche Träger der nationalen Bewegung gewesen war, rasch und offen zu der politischen Organisation des kapitalistischen Bürgertums geworden, der er im Grunde schon immer gewesen war. Die Regierung wird jedenfalls – trotz Nehru – von den großen Besitz- und Erwerbsinteressen des Landes beherrscht und entfremdet sich dadurch immer mehr die Arbeiter- und Bauernbevölkerung, deren jammervolle materielle Lage durchgreifend zu verbessern sie weder die Kraft noch den Willen hat. Der daraus erwachsenden sozialen Gärung weiß sie nur mit Gewaltmitteln, mit Freiheitsbeschränkungen und Zensurmaßnahmen, mit Streikbruch und Verfolgungen zu begegnen. Daß die kommunistische Bewegung unter diesen Umständen rasch um sich greift, kann nicht verwundern; bezeichnend, daß bei einer im Juni erfolgten Parlamentsersatzwahl in Kalkutta zur Bestürzung der «Ordnungsparteien» der linksradikale Chandra Bose mit 19 000 Stimmen den Kandidaten der Kongreßpartei, der es nur auf 5800 Stimmen brachte, mühelos zu schlagen vermochte. Bemerkenswert ist aber auch, daß die Sozialistische Partei Indiens ihre volle Unabhängigkeit gegenüber dem Kongreß erklärt und unter einer moralisch hochstehenden Führerschaft bereits namhafte Wahlerfolge in verschiedenen Großstädten errungen hat. Indien bedarf nun einmal aufs dringendste einer gründlichen wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltung; sperren sich die bürgerlichen Schichten weiter dagegen, so wird die Opposition eben in zunehmendem Maße revolutionär-gewalttätigen Charakter annehmen, während der Kongreß zu einer konservativ-gegenrevolutionären Partei zu erstarren droht, die mehr und mehr die Züge der chinesischen Kuomintang annähme.

Unterdessen vollzieht sich die Katastrophe des alten Chinas in beschleunigtem Tempo. Kanton, die Hauptstadt Südchinas, ist in dem Augenblick, da wir schreiben, von den Regierungsbehörden schon fast ganz geräumt, und die in Eilmärschen anrückenden kommunistischen Armeen werden in verhältnismäßig kurzer Zeit wohl auch den Rest der noch von den «nationalen» Streitkräften gehaltenen Teile des Riesenreichs in ihrer Hand haben. Welche Kurzsichtigkeit und Kleinlichkeit, aber auch welche Anmaßung, die Elementarkräfte, die sich in diesem gewaltigen Aufstand der getretenen und beleidigten Massen entladen, mit äußerlichen Machtmitteln unterdrücken und die Freiheitsbewegung, die in China durchgebrochen ist, am Übergreifen auch auf andere Gebiete Asiens verhindern zu wollen, wo ähnliche Ursachen auch ähnliche Wirkungen haben werden! Ein großer geschichtlicher Augenblick hat wieder ein jämmerlich kleines Geschlecht gefunden – wenigstens in der Welt der Herrschenden und Besitzenden. Möchten doch die Völker selbst sich der ungeheuren Aufgabe einigermaßen gewachsen zeigen, die ihrer da wartet!

25. August 1949. *Hugo Kramer.*